

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Postkontokto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13663. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon 4596**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorkauf 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Nekrolog-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Annahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die ersten Maßnahmen der Reichsregierung. Zehn reaktionäre Heftblätter verboten.

Berlin, 30. August. (W.V.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August hat der Reichsminister des Innern das Erscheinen folgender Zeitungen auf 14 Tage verboten: Deutsches Abendblatt (8-Uhr-Ausgabe des Deutschen Tageblattes) Berlin, Deutsches Tageblatt-Berlin, Deutsche Zeitung-Berlin, Deutsches Wochenblatt-Berlin-Friedenan, Spandauer Tageblatt-Spandau, Böllisches Tageblatt-Spandau, Niesbacher Einzeliger-Niesbach (Oberbayern), Böllischer Beobachter (Münchener Beobachter)-München, Süddeutsche Zeitung-Stuttgart, Hamburger Warte-Hamburg.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland.

Berlin, 31. August. (U.) Der Reichspräsident erläßt eine Verordnung, durch die der Ausnahmezustand in Mitteldeutschland mit Wirkung vom 1. September aufgehoben wird.

Die Rechtspresse heult auf und jammert über Vernichtung des Rechts, Erdrosselung der Freiheit der Presse usw. Dieselbe Rechtspresse, die gegen massenhafte und langdauernde Verbote der sozialistischen Presse nie etwas einzuwenden hatte, ist plötzlich entsetzt über die „einseitige Wendung“ der Reichsregierung gegen die Mörderparteien der Rechten. Dieselbe Rechtspresse, der die unglücklichste Ausweitung des Rechts gegen linksoppositionelle Politiker niemals Kopfschmerzen verursachte, entrümpelt sich jetzt über Kaufschreibensbestimmungen. Wir sind nicht Freunde von Ausnahmeverfügungen und Presseverboten. Aber die Rechtspresse hat wahrlich kein Recht, sich zu beschweren, daß das Maß gegen sie angewendet wird, dessen Gebrauch gegen andre sie stets bejubelt und gefordert hat!

Vor der Demonstration des Berliner Proletariats.

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die heutige Kundgebung der Berliner Arbeiterklasse dürfte den gewaltigsten, größten Umfang annehmen, den derartige Demonstrationen jemals gehabt haben. Alle Organisationen fordern zur Beteiligung auf. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Schart euch zusammen zum Schutz der demokratischen Republik. Vergißt, was euch sonst trennen kann, laßt fallen Vorurteile und vereinigt euch mit allen, die den Willen haben, die Republik zu schützen, daß die Reaktion weiß, daß sie einer geschlossenen Front eines einzigen deutschen Volkes gegenübersteht. Erstreckt eure Hand über die Vertreter der politischen Organisationen der Arbeiterklasse, die Parteileitungen der SPD. und USPD, zur gemeinsamen Abwehr zusammengeschlossen. An unsre Mitglieder rufen wir die Aufforderung, sich an den Protestaktionen, zu denen diese aufrufen, vollständig zu beteiligen.“

Die Freiheit schreibt zu der heutigen Kundgebung: Der neue Vorstoß der Deutschnationalen hat die Massen des arbeitenden Volkes mit einem Schlag zu neuer Aktivität, zu energischer Abwehraktion aufgerufen. Schon in den letzten Wochen rang aus den spontanen Abwehraktionen der Arbeiter gegen die militaristischen und nationalistischen Kundgebungen im Reich ein dumpfes Grollen hervor. Jetzt hat sich dieses Grollen verdichtet zu der Erkenntnis, daß mit den Vorstößen der Reaktion, einerseits auf welchem Gebiet, endlich Schluss gemacht werden muß. Sind so die Aktionen von rechts, die Tannenbergfeiern, die Frontkämpferlage und nationalistische Paraden und häufigen Attentate eng miteinander verknüpft durch das gemeinsame Ziel der Wiederbelebung des Monarchismus, Nationalismus und Militarismus und der Erdrosselung des freien Willens der Arbeiterklasse, so werden andererseits der Abwehraktion des Proletariats diesmal auch weite Kreise der demokratischen Mittelschichten ihre Sympathie nicht verjagen können, die darauf gerichtet ist, durch Niederkämpfung der nationalistischen und militaristischen Gefahren die Fesselung der Kräfte des Proletariats durch eine neue Abwehraktion auf immer zu verhindern und freie Bahn zu schaffen für die Lösung der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die gegenwärtig auf die Tagesordnung gestellt sind. Diese instinktive Abwehraktion hat mit einem Schlag die innere Zerrissenheit der Arbeiterklasse überwunden und das Proletariat als große, einheitliche Masse der nationalistischen Mordreaktion gegenübergestellt.

Der Republikanische Reichsbund für die Kundgebung wider den Meuchelmord.

Der provisorische Vorstand des Republikanischen Reichsbundes sendet uns folgenden Drahtaufruf:
Die Mitglieder des Republikanischen Reichsbundes werden aufgefordert, sich an den Mittwoch-Massendemonstrationen der deutschen Arbeiterklasse für die deutsche Republik gegen rassistischen politischen Meuchelmord und die dunklen Hintertriebe der Anhänger einer Wiederherstellung des alten Obristenstaates und der Monarchie in allen deutschen Gauen vollständig zu beteiligen, insbesondere werden die dem freiheitlichen Bürgertum angehörenden Mitglieder des Reichsbundes gebeten, Schulter an Schulter mit

der deutschen Arbeiterklasse Solidarität im Eintreten für die republikanische Verfassung zu bekunden.
Fehr, v. Brandenstein, führender Reichsminister.

Berlin, 30. August. (D.M.) Die Bundesleitung des „Reichsbundes der Arbeiterkämpfer“, gen. Duderstadt, hat an sämtliche Ortsgruppen folgende Drahtung gerichtet: Ersuchen dringend, geschlossen an Mittwochdemonstrationen gegen politischen Mord für Republik teilzunehmen.

Geschlossene Front der Verfassungsfreunde.

Die Leitung der Deutschen demokratischen Partei ruft in einer Kundgebung zu einer geschlossenen Front der Verfassungsfreunde auf. Sie meint, die verbrecherische Hege gegen die deutsche Republik und Demokratie habe zu den furchtbaren Folgen geführt, die jeder verantwortungsvolle Politiker voraussetzt. Es wird abzuwarten bleiben, welche Handlungen die Demokratische Partei selbst zum Schutze der Republik unternimmt, wie sie ihre Presse und ihre Organisationen anweist, den Kampf gegen die politischen Meuchelmörderparteien ernsthaft aufzunehmen und durchzuführen. Jede Halbheit, jede Schwäche im Kampfe gegen rechts ist Verrat an der Republik und Hilfe für die deutschen Faschisten.

Der neueste Trick der Meuchelmörderpresse.

Mehrere nationalistische Blätter bringen die Meldung, der Mord an Erzberger sei, wie aus Drohbrieffen an Erzberger und seine Frau hervorgehe, aus persönlichen, nicht aber aus politischen Gründen verübt worden. Es ist also ganz offenkundig, daß die Mörderparteien die ganze Angelegenheit jetzt vom politischen Gebiete ab und auf das persönliche Gebiet schieben wollen, nachdem sie sehen, daß politische Wirkung dieser gräßliche Meuchelmord hat. Die Deffentlichkeit wird sich durch diese politischen Schieberereien aber nicht irreführen lassen.

Ortwig von Hirschfeld verhaftet.

Berlin, 31. August. Ortwig von Hirschfeld hat sich im Laufe des gestrigen Tages auf dem Polizeipräsidium eingefunden und ist hier sofort zur Morbsache Erzberger eingehend verhört worden. Nach seiner Beurlaubung aus dem Strafgefängnis am 17. April 1921 hielt sich v. Hirschfeld seit Ende Juni in Calmbach an der Elbe auf. Am Tage der Morbtat will sich v. Hirschfeld ununterbrochen in Calmbach aufgehalten haben und von dort am 29. August nach Weimar abgefahren sein. Calmbach liegt nur etwa 35 Kilometer vom Tatort entfernt. Die Beschreibung, die von Augenzeugen über einen in Griesbach erkannten Täter gegeben wird, trifft auf v. Hirschfeld zu. Unter diesen Umständen ist Ortwig v. Hirschfeld vorläufig in Haft gehalten worden, um so mehr, als auch eine auswärtige Polizeibehörde den Verdacht der Täterschaft des Genannten geäußert hat.

Aus Stuttgart wird gemeldet: Der ehemalige Fähnrich Ortwig von Hirschfeld, der seinerzeit das Attentat auf Erzberger verübte, hat sich, wie die Tel.-Union vom württembergischen Landespolizeiamt erfährt, seit Juni dieses Jahres in Calmbach bei Neuenburg im württembergischen Schwarzwald aufgehalten. Dasselbst hat er sich auch am Tage des Mordes an Erzberger aufgehalten und nachgemessenemahnen sich nicht von Calmbach entfernt. Am Montag ist er von dort abgereist, angeblich, um sich zunächst zu seinen Eltern zu begeben und dann in die Strafanstalt Tegel bei Berlin zur Verbüßung seiner Reststrafe zurückzukehren.

Regierungsumbildung in Preußen?

Berlin, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In preussischen Parlamentskreisen wird nach den Vorgängen der letzten Tage mit besonderem Nachdruck auf die Erklärung hingewiesen, die Ministerpräsident Stegerwald vor sechs Tagen im Hauptanschuß des preussischen Landtages abgegeben hat. Da spricht er davon, daß er einer Verbreiterung der Regierungsbasis durchaus sympathisch gegenüberstehe. Stegerwald befindet sich jetzt auf der Katholikentagung in Frankfurt am Main und hat dort, wie das Berliner Tageblatt hört, eine eingehende Besprechung mit dem Reichskanzler und mit andern bedeutenden Politikern des linken Zentrums gehabt, die der Regierungskrise in Preußen gewidmet war. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß noch vor dem Zusammentritt des preussischen Landtages am 28. September die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts durch Hinzuziehung der Sozialdemokratie von neuem akut wird.

Berurteilung des Mörders des französischen Majors Montalegre.

Tarnowitz, 30. August. (U.) Vor dem außerordentlichen Kriegsgericht fand am Dienstag die Urteilsverhandlung gegen den der Ermordung des französischen Majors Montalegre angeschuldigten Poljette statt. Das zur Verlesung gekommene Urteil lautete auf fünf Jahre Zuchthaus wegen verübten Totschlags.

Kahr-Bayern und die Ausnahmeverfügung der Reichsregierung.

Unter den ersten Maßnahmen der Reichsregierung, die sie auf Grund der neuen Verordnung des Reichspräsidenten erlassen hat befindet sich auch das Verbot zweier der berüchtigtsten Heftblätter der Mörderparteien in Bayern.

Wir sind gespannt darauf, ob dieser Befehl des Reichsministers des Innern von den bayrischen Behörden respektiert werden wird, oder ob die Regierung Kahr-Böhner diesen Anlaß zur offenen Auflehnung gegen das Reich benutzen wird. Für ganz ausgeschlossen halten wir das nicht. Wie die Rechtspresse in Bayern gegen das Reich heult, zeigt die folgende Meldung unseres Münchener Korrespondenten.

München, 31. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Kahrblätter eröffnen einen heftigen Feldzug gegen die Verordnung der Reichsregierung. Der Bayrische Kurier, das Blatt der Deutschen Volkspartei, bemerkt, daß es der Münchener Post wie den Münchener Sozialisten schlimm ergehen könne, denn sie läßen von ihrer Seite alles, um gegen die Vorschriften zu verstoßen, oder sei die Regierung Kahr unter der zu schützenden Staatsautorität nicht inbegriffen? Ebenso wendet sich die bayrische Volkspartei-Korrespondenz heftig gegen die Reichsregierung. Die Münchener Augsburger Abendzeitung meint ironisch, wenn die Verordnung früher erlassen wäre, hätte man wirksamer gegen die Teuerungsdemonstration der Münchener Gewerkschaften vorgehen können. Sie behauptet, die Verfassung sei von der Rechten nicht bedroht und verlangt ein Verbot der Freiheit und der Germania, die unerbittliche Geschuldigungen gegen die Deutschnationale Volkspartei und gegen die Kahrregierung geschleudert hätten. Das Blatt nennt die Verordnung eine Entfesselung der Strafe und den Weg zum Sowjetregiment. Die Münchener Zeitung wendet sich gegen Ausnahmeverfügungen und verlangt verfassungsgemäße Garantien. Sie behauptet, die vom Vorwärts geforderte Wahl der Laienrichter auf Grund des allgemeinen Wahlrechts bedeute die Einführung der Klassenjustiz. Der Berliner Korrespondent der Münchener Neuesten Nachrichten sagt, daß nichts verhängnisvoller wäre, als wenn die sozialistischen Parteien in der jetzigen Bewegung die Führung in der Hand behielten. Das Blatt verlangt energisches Vorgehen gegen angebliche Umsturzbestrebungen der Linken. Es wendet sich dagegen, daß die Durchführung der Verordnung nicht den Regierungen der Länder, sondern dem Reichsministerium des Innern als oberstem Vollzugsorgan übertragen werden ist. Das sei ein Novum in der Geschichte des deutschen Verfassungsrechts. Besonders wendet es sich gegen die Beschränkung der Presse, trotzdem es gegen das Verbot unseres Parteiblattes, die Morgenpost, Der Kampf seinerzeit nichts einzuwenden hatte. Die bayrische Staatszeitung, das offizielle Organ der bayrischen Regierung, warnt die Reichsregierung, der radikalen Linken zu viel Spielraum zu gewähren. Der ganze Ton der Münchener Blätter ist darauf geklimmt, einen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern herbeizuführen.

In der gestrigen Sitzung des Münchener Stadtrats teilte der erste Bürgermeister Schmidt mit, daß er aus Anlaß des brutalen Vorgehens der Polizei bei der Teuerungsdemonstration sich an den Polizeipräsidenten Böhner gewandt und ihn um Auskunft ersucht habe, ob die Schilderung, die der Stadtrat Hofmann von seiner Verhandlung durch die Polizei gegeben habe, auf Wahrheit beruhe. Darauf hat Böhner dem Bürgermeister ein Exemplar des von ihm am Freitag angeschlagenen Plakats im Stille Jaghaus überhand und dazu mitgeteilt, daß der Stadtrat Hofmann wohl diesen Erlaß gesehen habe. Der Stadtrat stimmte der Beschwerde des Bürgermeisters über dieses Vorgehen der Polizei an die Reichsregierung zu. Vorher hatten die bürgerlichen Parteien ihrem Bedauern über die Vorfälle in platonischer Weise Ausdruck gegeben. Von sozialistischer Seite wurden scharfe Angriffe auf Böhner und die Regierung Kahr geworfen.

Der Sekretär des republikanischen Reichsbundes, Schmalko, ist gestern aus der Haft entlassen worden.

Ueber die Situation in Bayern informieren weiter die beiden folgenden Artikel unseres Münchener Mitarbeiters, die schon einige Tage zurückliegen. Wir konnten sie infolge des Andrangs von Stoff bislang nicht veröffentlichen, halten es aber für angebracht, sie jetzt noch wiederzugeben, da die Dinge sich in Bayern außerst zuspitzen:

Die Kahrpresse zur Ermordung Erzbergers.

München, 27. August.
Wie bereits gemeldet, hat die Ermordung Erzbergers in den Kreisen des honesten Bürgertums, abgesehen von den antisemitisch verheßten Kleinbürgern, starke Erregung hervorgerufen. Man erkennt nun allmählich die Gefahr, die von den alldutschen Verschönerungszielen droht, auch in diesen Kreisen und man beginnt sich gegen die verhängnisvolle Schwäche der republikanischen Staatsgewalt gegenüber einer autokratischen und finanzierten Mord-